



Bundesministerium
der Justiz

Bundesministerium der Justiz, 11015 Berlin

Benjamin Strasser MdB

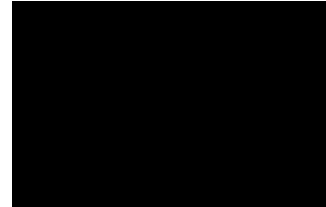
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Justiz

Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Caren Lay
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT

TEL

E-MAIL



Betr.: Ihre Schriftliche Frage Nr. 11/361 vom 22. November 2023

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 11/361:

Wie viele Aufträge zur Vollstreckung von Zwangsräumungen von Wohnungen und wie viele vollstreckte Zwangsräumungen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung jährlich in den Jahren 2021 und 2022 (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Antwort:

Die Anzahl der Aufträge zur Zwangsräumung wird jährlich in der Jahresübersicht der Gerichtsvollzieherstatistik veröffentlicht (für die Jahre 2021 und 2022 in: die Deutsche Gerichtsvollzieher Zeitung 2023, 40 und 236). Dabei wird nicht hinsichtlich Wohn- und sonstigen Räumen unterschieden. Die Anzahl der durchgeführten Zwangsräumungen melden die Länder jährlich dem Bundesamt für Justiz (BfJ).

Hier wird, wenn auch nicht einheitlich, zwischen Zwangsräumungen von Wohn- und sonstigen Räumen unterschieden.

Bei dieser Frage gehe ich davon aus, dass wie in Ihrer Schriftlichen Frage 11/297 vom 22. November 2022 nach Zwangsräumungen von Wohnungen gefragt wird. Die Zahlen für das Jahr 2021 hatte ich Ihnen auf Ihre oben genannte Schriftliche Frage mit Schreiben vom 30. November 2022 (Bundestagsdrucksache 20/4776) bereits mitgeteilt. Sie sind hier neben den Zahlen für das Jahr 2022, soweit diese dem BfJ schon vorliegen, nachfolgend noch einmal aufgeführt.

Land	Anzahl der Aufträge zur Zwangsräumung		Anzahl Zwangsräumungen von Wohnraum	
	2021	2022	2021	2022
Baden-Württemberg	3 920	4 154	1 751	1 481
Bayern	3 993	4 297 ¹	3 432	2 579
Berlin	2 936	3 655	1 668	1 931
Brandenburg	1 554	1 714	1 104	1 085
Bremen	758	740	455	413
Hamburg	1 450	1 847	921	902
Hessen	3 089	3 246	1 915	2 002 ²
Mecklenburg-Vorpommern	1 200	1 070	873	-
Niedersachsen	3 819	3 902	2 285	2 288 ³
Nordrhein-Westfalen	12 431	13 914	8 656	8 690
Rheinland-Pfalz	1 922	2 080	960	1 014
Saarland	431	531	286	337
Sachsen	2 908	2 968	2 667	2 265
Sachsen-Anhalt	1 526	1 596	1 173	1 141
Schleswig-Holstein	1 582	1 560	-	-
Thüringen	1 369	1 396	855	791
Gesamt	44 888	48 670⁴	29 001	27 319

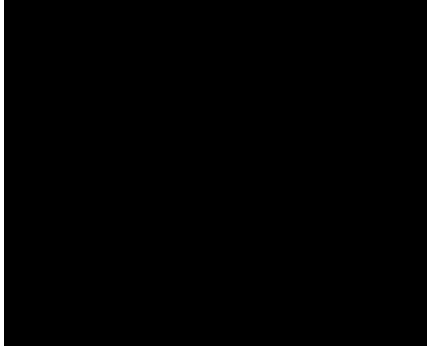
¹ beruht auf Angaben des BfJ

² Die tatsächlichen Zahlen könnten geringer sein, da keine Unterscheidung zwischen Räumung von Wohn- und Gewerberäumen beziehungsweise sonstigen Räumungen gemacht wird.

³ Die tatsächlichen Zahlen könnten höher sein, da unter anderem auch Gesamtzahlen ohne Unterscheidung zwischen Wohn- und Gewerberäumen beziehungsweise sonstigen Räumungen angegeben wurden und nur die ausdrücklich als Zwangsräumung von Wohnraum angegebenen Zahlen aufgeführt werden.

⁴ einschließlich Bayern, Angaben vom BfJ

Mit freundlichen Grüßen



Caren Lay

Mieten-, Bau- und Wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

30.000 Wohnungen zwangsgeräumt in 2022 – über 80 pro Tag

Die Zahl der aus ihren Wohnungen geräumten Haushalte ist mit rund 30.000 im Jahr 2022 anhaltend hoch. Damit blieb die Zahl im Vergleich zum Vorjahr nahezu gleich, bei mehr als 80 pro Tag. Die Aufträge zu Zwangsräumungen sind im vergangenen Jahr um rund 4.000 auf rund 49.000 angestiegen. Doch nicht jeder Auftrag wird tatsächlich vollstreckt. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Schriftliche Frage von Caren Lay, Sprecherin für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag hervor.

Vor allem in Brandenburg und Schleswig-Holstein vollstreckten Gerichtsvollzieher mehr Räumungen als im Jahr zuvor. Die meisten Zwangsräumungen wurden in Nordrhein-Westfalen (8.690), in Bayern (2.579), in Niedersachsen (2.288) und in Sachsen (2.265) vollstreckt. Gemessen an den Zahlen von Einwohnerinnen und Einwohnern, verzeichnen Bremen, Sachsen und Sachsen-Anhalt die meisten Zwangsräumungen. In Nordrhein-Westfalen wurden ganze 24 Zwangsräumungen pro Tag durchgeführt. Sachsen ist erneut Räumungsmeister Ostdeutschlands. Mit sechs Zwangsräumungen am Tag liegt Sachsen nur knapp hinter Bayern mit sieben, obwohl Bayern dreimal so viel Bevölkerung hat.

Mietschulden sind die häufigste Ursache für den Wohnungsverlust. Aus Sachsen gab es kürzlich [Berichte](#), die langen [Bearbeitungszeiten für Wohngeldanträge](#) würden in der Zwischenzeit zu Kündigungen führen. Denn kann eine Person seine Miete nicht zahlen und muss Monate lang auf die Unterstützung des Wohngelds warten, so können schnell zwei Monatsmieten Zahlungsrückstand entstehen, was ein Kündigungsgrund ist. Das Problem ist bundesweit bekannt. Die Bundesregierung hat versäumt, den Kündigungsschutz derart zu verbessern, dass eine Nachzahlung der Mietschulden die Kündigung und Räumung abwenden kann. Bisher sind überhaupt keine der angekündigten Reformen für ein sozialeres Mietrecht von der Ampelregierung vorgelegt worden. Die Mieten werden weiter erhöht. Die Unterstützung bei Energiepreisen läuft Ende des Jahres aus. Viele können die gestiegenen Mieten und Nebenkosten nicht mehr zahlen.

Dazu erklärt Caren Lay:

„Wenn die Bundesregierung nicht handelt, werden noch mehr Menschen ihre Wohnungen und ihr Zuhause verlieren, denn die Mieten werden extrem angehoben. Gerade jetzt im Winter brauchen alle ein warmes und sicheres Zuhause. Niemand soll seine Wohnung verlieren. Jede Zwangsräumung ist eine zu viel. Als LINKE fordern wir: Kündigungen müssen bei Nachzahlungen der Mietrückstände aufgehoben werden. Räumungen in die Wohnungslosigkeit wollen wir gänzlich untersagen. Um die Belastung durch Wohnkosten zu begrenzen, fordern wir einen bundesweiten Mietenstopp. Vor den langen Wartezeiten bei der Beantragung von Wohngeld hatte ich gewarnt und Vereinfachungen vorgeschlagen. In schwierigen Lagen muss der Bezug von Wohngeld schnell und einfach gehen.“

Zwangsräumungen von Wohnungen

Bundesland	Einwohner*innenzahl*	Zwangsräumungen 2021 **	Zwangsräumungen 2022 **	Veränderung 2022 / 2021***	Zwangsräumungen je 10.000 Einwohner ***	Zwangsräumungen je Tag ***
Baden-Württemberg	11.280.257	1.751	1.481	-270	1,31	4,06
Bayern	13.369.393	3.432	2.579	-853	1,93	7,07
Berlin	3.755.251	1.668	1.931	263	5,14	5,29
Brandenburg	2.573.135	1.104	1.085	-19	4,22	2,97
Bremen	684.864	455	413	-42	6,03	1,13
Hamburg	1.892.122	921	902	-19	4,77	2,47
Hessen	6.391.360	1.915	2.002	87	3,13	5,48
Mecklenburg-Vorpommern	1.628.378	873	728	-145	4,47	1,99
Niedersachsen	8.140.242	2.285	2.288	3	2,81	6,27
Nordrhein-Westfalen	18.139.116	8.656	8.690	34	4,79	23,81
Rheinland-Pfalz	4.159.150	960	1.014	54	2,44	2,78
Saarland	992.666	286	337	51	3,39	0,92
Sachsen	4.086.152	2.667	2.265	-402	5,54	6,21
Sachsen-Anhalt	2.186.643	1.173	1.141	-32	5,22	3,13
Schleswig-Holstein	2.953.270	973	1.280	307	4,33	3,51
Thüringen	2.126.846	855	791	-64	3,72	2,17
Bundesweit	84358845	29974	28.927	-1.047	3,43	79,25

Quelle: Antwort der Bundesregierung auf Schriftliche Frage von MdB Caren Lay, Nov. 2023
 *Statistisches Bundesamt, Fortschreibung auf Basis des Zensus 2011, Stand Juni 2023
 ** Zahlen für Schleswig-Holstein 2021 entnommen aus DGVZ 23, Nr. 2, S. 40. Zahlen für Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern 2022 entnommen aus DGVZ 23, Nr. 11, S. 236.
 *** Eigene Berechnungen



Deutsche Gerichtsvollzieher Zeitung

Zeitschrift für Vollstreckungs-, Zustellungs-
und Kostenrecht

Seit 1881

Organ des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes (DGVB)

A 1851

138. Jahrgang · Februar 2023

2 | 23

Kim Hartinger:

Die Bedeutung des Wechsels in der Gerichtsvollzieherpraxis

BGH:

Vollstreckungsgegenklage neben Geltendmachung des Erfüllungseinwands im Zwangsmittelverfahren

LG Lübeck:

Keine Signatur für elektronisch eingereichten Titel

AG Chemnitz:

Keine Zurückweisung des Vollstreckungsauftrages bei fehlendem Originaltitel

OLG Brandenburg:

Umfang der Wahrheitspflicht bei Abgabe der Vermögensauskunft

Statistik:

Geschäftstätigkeit und Personalbestand der Gerichtsvollzieher im Jahre 2021

Deutscher Bundestag Bibliothek

2052093



Deutscher Bundestag

23. Feb. 2023

Bibliothek: R

60645



Q550202302

Einige Vertreter aus Politik und Justizverwaltung betonten allerdings in ihren Grußworten, dass sie die aktuellen Abläufe als ausreichend erachten und keine Übertragung notwendig sehen. Am Rande des Empfangsabends kam es zu einem

regem Austausch zwischen Teilnehmern, Politik und Gästen. Der nächste Gerichtsvollzieherkongress findet vom 25. bis 27.4.2024 in Bremen statt.

Mario Kasselmann

STATISTIK

Übersicht über die Geschäftstätigkeit und den Personalbestand der Gerichtsvollzieher im Jahre 2022

Land	Zahl der												
	planmäßigen und beauftragten Gerichtsvollzieher			Anwärter in Ausbildung	Zustellungen			Pfändungen	Zwangsvollstreckungs- und sonstigen Aufträge				
	insgesamt	männl. Kopf	weibl. Kopf		persönlich bewirkte	unter Mitwirkung der Post	Protestaufträge		beschränkt	klassisch	isolierte Gültliche Erledigung	Vermögensauskunft u. eidesstattl. V.	Sonstiges ¹⁾
1	2	2a	2b	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Baden-Württemberg	509,14	273	287	47	151.267	389.618	6	103.409	2.392	1.762	32.631	361.682	62.912
Bayern	630,21	327	325	25	4)	4)	4)	6)	6)	4)	4)	4)	4)
Berlin	269,00	105	164	19	144.524	157.314	1	27.297	2.495	1.160	4.906	113.013	27.944
Brandenburg	114,80	53	62	5	35.246	45.442	3	17.216	869	845	6.234	73.564	17.326
Bremen	33,00	21	12	3	12.305	15.481	0	5.251	380	360	768	22.320	4.347
Hamburg	95,20	48	50	8	82.956	117.319	0	12.369	505	1.342	1.018	49.126	12.127
Hessen	301,82	161	152	20	136.037	130.388	9	59.829	1.811	1.435	3.741	181.113	44.164
Mecklenburg-Vorp.	80,00	30	50	0	23.143	32.097	1	10.192	628	442	562	45.710	8.871
Niedersachsen	398,63	242	164	3	127.978	145.304	6	61.370	2.595	1.307	4.116	242.566	52.178
Nordrhein-Westfalen	935,08	470	448	64	464.410	533.909	289	156.170	9.275	4.639	11.727	631.048	155.634
Rheinland-Pfalz	182,30	110	73	9	61.698	315.593	0	31.127	1.491	589	1.757	125.374	28.476
Saarland	52,76	36	17	4	16.796	17.593	0	6.732	457	74	480	31.792	5.570
Sachsen	199,00	118	82	14	52.676	68.529	9	24.802	1.519	1.449	2.468	142.091	20.356
Sachsen-Anhalt	132,48	80	60	6	33.990	42.047	0	32.456	896	700	1.138	80.413	15.737
Schleswig-Holstein	116,25	62	56	5	41.867	46.790	1	24.406	922	638	747	85.986	16.239
Thüringen	101,25	47	56	1	27.156	33.128	0	11.969	639	757	756	62.274	13.792
Deutschland	4.150,92	2.183	2.058	233	1.412.049	2.090.552	325	584.595	26.874	17.499	73.049	2.248.072	485.673
					5)	5)	5)	5)	5)	5)	5)	5)	5)

Land	Zahl der														Summe der ausgezahlten Parteigelder in € ³⁾
	Versteigerungen		Adressermittlungen		Drittsanktionen			durchgeführten Vollstreckungsaufträge der Justizbehörden ²⁾	durchgeführten Vermögensankünfte		tatsächl. durchgeführten Zwangsräumungen				
	Präsenz Termine	Internet Ausgebote	Meldebörde	AZR, DRV, KBA	DRV	BZAS	KBA		Vermögensankünfte Abnahme	Abschrift	Zwangsraumungen Wohnung	sonst. Räume			
1	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	
Baden-Württemberg	98	115	8.028	1.137	73.825	86.997	4.984	839	19.228	46.143	36.901	1.481	397	138.892.853,66	
Bayern	4)	4)	4)	4)	4)	4)	4)	4)	4)	4)	6)	6)	6)	162.232.713,60	
Berlin	272	85	3.449	766	25.687	32.557	3.113	310	14.122	21.021	10.157	1.931	235	37.351.924,18	
Brandenburg	46	16	3.070	587	15.133	18.934	1.503	111	12.229	15.800	7.746	1.085	7)	23.363.667,92	
Bremen	11	4	200	61	4.743	5.643	373	47	374	4.486	1.786	408	47	5.401.200,65	
Hamburg	109	33	3.796	637	12.402	15.863	1.319	219	5.662	9.047	5.229	902	103	16.113.689,44	
Hessen	50	65	3.366	660	37.814	49.834	7.611	510	56.427	30.930	20.238	6)	6)	70.535.986,55	
Mecklenburg-Vorp.	3	11	1.584	143	8.465	10.709	691	48	1.226	9.728	5.280	728	7)	18.410.457,33	
Niedersachsen	10	32	12.493	917	40.540	48.885	3.460	739	20.413	45.315	28.046	2.288	200	80.469.519,79	
Nordrhein-Westfalen	137	38	84.997	2.674	111.454	142.403	10.951	1.808	43.242	125.497	65.462	8.690	458	190.666.667,66	
Rheinland-Pfalz	13	63	9.715	321	21.895	27.869	1.374	352	21.140	22.756	16.903	6)	6)	48.788.862,03	
Saarland	1	0	287	97	5.669	7.679	381	52	4.050	5.817	2.592	337	19	9.948.411,84	
Sachsen	114	233	4.549	812	33.590	39.386	1.788	202	14.183	24.483	17.009	2.265	260	37.756.599,20	
Sachsen-Anhalt	1	25	1.125	242	15.527	20.138	988	151	20.774	18.138	11.951	706	43	23.642.240,58	
Schleswig-Holstein	25	1	1.561	537	16.689	18.221	1.302	162	2.300	15.330	8.719	1.280	101	26.598.317,19	
Thüringen	2	53	1.167	132	11.960	16.734	833	118	14.959	13.282	8.686	791	6)	18.161.511,31	
Deutschland	892	774	139.387	9.723	435.393	541.852	40.671	5.668	250.329	407.773	246.705			908.334.622,93	
	5)	5)	5)	5)	5)	5)	5)	5)	5)	5)	5)	8)	8)		

Die Zahlen beruhen auf den eingeholten Auskünften der Landesjustizverwaltungen (Landesjustizministerien bzw. Oberlandesgerichte).

Statistik des Vorjahres 2021 vgl. DGVZ 2023, 40 (Heft 02/22).

Seit dem Jahr 2015 werden nunmehr die relevanten Zahlen erfasst, die sich aus den Erhebungen der Justizverwaltungen im Formular GV 12 zu § 71 GVO ergeben.

Die Zahlen sind daher nur teilweise mit denen der älteren Darstellungen direkt vergleichbar, dafür aber differenzierter.

1) Darunter fallen insbesondere Aufträge zu Verhaftung, Vorführungen, Widerstandsbeseligung, Herausgabe- und Wegnahmevervollstreckungen. In den Jahren vor 2015 waren diese Verfahren zusammen mit den Pfändungsaufträgen in Sp. 7 dargestellt.

2) Sp. 11 enthält lediglich die von den Gerichtsvollziehern bearbeiteten Vollstreckungsaufträge. Die Geschäftszahlen der Vollziehungsbeamten der Justiz sind hierbei nicht berücksichtigt.

3) Die Summe der eingezogenen Parteigelder enthält nur die Beträge, die von den Gerichtsvollziehern selbst vereinnahmt und an die Gläubiger abgeführt wurden. Um ein Mehrfaches dieser Summe dürften die Beträge zu veranschlagen sein, die aufgrund der eingeleiteten Vollstreckungsmaßnahmen von Schuldnern direkt an die Gläubiger gezahlt wurden. Hinzu kommen Zahlungen von Drittschuldnern, die aufgrund der Zustellungen von vorläufigen Zahlungsverboten und PfÜbs erfolgten.

4) Bayern erhebt seit 1.1.2017 nicht mehr die Anzahl der Dienstgeschäfte zur GV 12. Daher werden keine Zahlen mehr geliefert.

5) Summe ohne Bayern.

6) Wurde nicht erhoben.

7) Keine Unterscheidung zw. der Art der Räume.

8) Keine Summenbildung für bundesweite Zahl, da zuviele Länderangaben fehlen.